

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Verleger: Redaktion Nr. 12 & 27, Expedition Nr. 12 & 28, Verlag Nr. 12 & 28. Telegr.-Nr.: Neueste Dresden

Preisverzeichniss:
Die Dresdner Neueste Nachrichten monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,80 M., einschließlich Porto.
Abonnenten in Dresden: monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,80 M., einschließlich Porto.
Abonnenten in anderen Orten: monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M., halbjährlich 6,30 M., jährlich 11,40 M., einschließlich Porto.
Abonnenten im Ausland: monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,40 M., halbjährlich 9,00 M., jährlich 16,20 M., einschließlich Porto.

Beschleunigte Verhandlungen mit Rumänien

Artilleriekampf an der italienischen Front — Partiekämpfe unter den Bolschewisten — Vorläufiger Aufschub des japanischen Einmarsches in Sibirien

Trochij's Rücktritt

Wenn Neuter diesmal recht behält, ist der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trochij, aus der Bolschewiki-Regierung ausgetreten. Sein Rücktritt wurde schon seit Wochen angekündigt. Es wurde von einer sich täglich verstärkenden Spannung mit seinem Vorgesetzten Lenin gesprochen, der der letztere zu sehr schliefe, obgleich Trochij gerade in der letzten Zeit, besonders als russischer Vertreter bei der zweiten Phase der Brest-Litovsker Friedensverhandlungen, weit vortrabender an die Öffentlichkeit trat als das Haupt der Sowjetregierung Lenin. Auch der Gesamtrücktritt der Regierung Lenin-Trochij wurde schon wiederholt als nahe bevorstehend angekündigt, ohne daß er zur Tatsache geworden wäre. In letzter Zeit wurden Trochij aus dem Smolnik-Institut nur der Anfang einer entscheidenden Krise der Bolschewikiherrschaft überhaupt oder war seine Rücktrittsfrage, um die Stellung Lenins zu befestigen? Mit Sicherheit läßt sich darüber im Augenblick nicht sagen; man ist bei dem chronischen Mangel an zuverlässigen Nachrichten aus Rußland und bei der Unübersichtlichkeit der dortigen chaotischen Zustände fast ganz auf Vermutungen angewiesen.

Seit einigen Tagen wird von einer russischen Regierungskrise berichtet, als Kandidat an den Scheitelpunkt werden sowohl Tschernom wie auch Kischin genannt. Wie gehörten bereits dem Kabinett Kerenski an. Als Politiker sind diese beiden Männer ausgeproben. Tschernom, der Sozialrevolutionär, hat am meisten von sich reden gemacht als der Urheber des radikalen Agrargesetzes, der die Bauernfrage in durchaus revolutionärem Sinne zu lösen versuchte, und durch seine Tätigkeit als Landwirtschaftsminister unter Kerenski die revolutionäre Entwicklung in Rußland entscheidend beeinflusste. Kischin ist Radikal und als solcher Freund der Emigranten und ausgesprochener Vertreter des russischen Imperialismus. Der Umsturz der sich der bürgerlichen und auch weiterer sozialistischer Kreise in Rußland wegen der fanatisch einseitigen bolschewistischen Politik der Leninischen Regierung bemächtigt hat, ist sicherlich stark angewachsen, aber andererseits ist es doch wenig wahrscheinlich, daß eine bolschewistische Regierung sich leicht schon am Ruder halten könnte. Eine Kandidatur Tschernoms könnte bessere Aussichten haben. Da aber das Regiment Lenins durch den Rücktritt Trochij's eine neue Stütze erfahren, so kann der Wechsel auf dem „Minister“-Posten auch anders gedeutet werden.

Am 12. März tritt nämlich in Moskau der Sowjetkongress ganz Rußland zusammen, der über die Ratifikation des russischen Friedensvertrages entscheiden soll. Der Gegenstand zwischen Lenin und Trochij in der Friedensfrage ist längst bekannt. Lenin vertritt den Standpunkt, daß der Friede befristet werden müsse, weil er klar erkannt hat, daß der Zustand der russischen Armee jede militärische Tätigkeit unmöglich macht, und er für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten fürchtet, daß die bolschewistische Revolution durch einen erneuten deutschen Vormarsch vollständig in Frage gestellt werden könnte. Lenin rechnet denn auch mit einem starken Siege seiner Anschauung auf dem Moskauer Kongress. Trochij dagegen ist ein entschiedener Gegner des deutsch-russischen Friedensvertrages, was er schon durch sein Fernbleiben von den letzten Verhandlungen in Brest-Litovsk sichtbar bezeugte. Dieser Theoretiker des Bolschewismus, der durch seine Haltung der Entente gewiß keine Dienste leisten will, wenn der Erfolg seines Tuns auch tatsächlich darauf hinausläuft, glaubt doch immer an die Macht des bolschewistischen Gedankens, mit dessen Erwerbungen er Europa „besitzen“ will. Auch das Risiko, mit dem sein Ansehen in Brest-Litovsk endete, läßt ihn in seinem radikalen Dogmatismus nicht wankend werden. Und da er, wie man aus Pitausch's Werk weiß, über eine starke und schlaue Redemanege verfügt, könnte er dem Ministerpräsidenten Lenin in Moskau nicht zu unterstehenden Schwierigkeiten bereiten. Von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich sein Rücktritt gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders große Bedeutung zu. Möglicherweise spielen aber bei dieser Verhandlungsfähigkeit auch Ententeinflüsse mit. Die Weltmächte haben in ein besonders großes Interesse daran, der Bolschewiki-Regierung in diesem Restpunkt Schwierigkeiten zu machen. Denn der deutsch-russische Friede hat sie schwerer getroffen als eine verlorengegangene Schlacht. Man wird auch hier in einigen Tagen Klarheit sehen.

Politisches Intrigenspiel der Entente

Wie es heißt, trifft die Entente Vorbereitungen, um an einem dem Einfluß der Weltmächte entzogenen Punkte in Rußland eine russische Sonderregierung zu errichten, die den Brest-Litovsker Frieden nicht anerkennt und den Krieg, wenn auch nur mehr oder weniger theoretisch,

fortsetzt. Dem „Echo de Paris“ zufolge wird die Entente die Sonderregierung durch diplomatische und militärische Vertreter unterstützen. Die Absicht der französischen Mission Berthelots in Innere Rußland steht mit diesem Plan offenbar im Zusammenhang.

Kriegs- und Friedenspartei

Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß sich in Erwartung des Sowjetkongresses die Kriegs- und Friedenspartei von Petersburg bereits in den Gassen Liegen. Die Kriegspartei der Bolschewisten hat ein neues Blatt „Kommunist“ gegründet, das für den revolutionären Widerstand Propaganda macht. Der Führer dieser Gruppe ist Bukharin, ein Mitglied der Bolschewiki-Partei von Moskau, das bisher einer der leidenschaftlichsten Anhänger Lenins war. Lenin seinerseits arbeitet in der „Neschwa“ und „Pravda“ für die Ratifikation des Friedensvertrages.

Beschlüsse des Obersten Wirtschaftsrates

Der Oberste Wirtschaftsrat veröffentlicht einen Beschluß über die sozialistische Umgestaltung des russischen Staatswesens. Ein wichtiger Beschluß des Wirtschaftsrates sehr des russischen Sozialismus für die Arbeiter, Bauern, Handwerker und andere nach Rußland einwandernde Spezialisten ist.

Verhaftungen von Juden in Rußland

Das jüdische Korrespondenzbüro erzählt aus London, daß der Vorsitzende des Komitees für den jüdischen Kongress, der am 2. März in Petersburg zusammenzutreten sollte, in letzter Stunde von den Bolschewiki verhaftet worden ist. Viele jüdische Mitglieder sind verhaftet worden und die Redakteure sitzen im Gefängnis.

Die Angst vor der deutschen Flotte

„Altonaer“ meldet aus Warschau, daß die Armee der Roten Garde in mehreren Städten der Front in Rußland beunruhigt sei. Die Nachricht vom Derzhanoff der deutschen Flotte im Finnischen Meerbusen rufe große Unruhe unter den Revolutionären in Ostland hervor.

Eine Verwahrung

Die „Kosch. Ks. St.“ schreibt: Durch Hauptmann ist bei der russischen Regierung dagegen Verwahrung eingelegt worden, daß die Verhaftung von deutschen Flüchtlingen aus Ostland und Litauen fortgesetzt wird, da dies den Bestimmungen des Friedensvertrages widerspricht.

Die Regelung der Spitzbergen-Frage

„Westminster Gazette“ sagt: Einer der wichtigsten Punkte des deutsch-russischen Friedensvertrages ist der, der die Deutschen zur vollständigen Evakuierung Spitzbergens in Übereinstimmung mit den deutschen Vorschriften verpflichtet. Die andern Nationen werden an diesem Punkte viel zu tun haben, denn England, Amerika und Norwegen haben dort große Interessen, und in der Tat, die europäischen Interessen aufeinander abzustimmen. Eine Konferenz aller Beteiligten in Christiania im Jahre 1914 ist abgebrochen worden, und es ist dort keine entsprechende Autorität, um irgend jemand in diesem „Nordenland“ eine Vorlesung auszusprechen. Es sind wiederholte Versuche gemacht worden, daß England von den Russen Hilfe erlangen soll, die seine Staatsanwaltschaften benutzen. Das würde die Sicherung von vier arktischen eisbedeckten Häfen und herrlichen Kohlen- und Mineralienlagern bedeuten. Sollte Deutschland eine Organisation des Bundes beanspruchen, so würde dies eine unzulässige Annahme bedeuten.

Dieser bemerkt das „Westminster Gazette“: Der betreffende Artikel des deutsch-russischen Friedensvertrages lautet: Die vertraglich gebundenen Teile werden darauf hinwirken, daß die auf der Spitzbergeninsel vom Jahre 1914 in Rußland angenommene internationale Organisation der Spitzbergeninsel unter Gleichheit der beiden Teile durchgeführt werde. In diesem Sinne werden die Regierungen der beiden Teile die künftige Normalität der Regierung bilden, die Fortsetzung der Spitzbergeninsel hinsichtlich der allgemeinen Friedensbestimmungen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× Wien, 9. März. Amlich wird verlautet: Bei Balta in der Ukraine wurden durch zur Deckung der Bahn Nowe-Orscho vorgeschobene Truppen härtere Kämpfe geführt. An der italienischen Front teilweise lebhafterer Artilleriekampf.

Rege Fliegerätigkeit im Westen

× Berlin, 9. März. Bei nächtlichem Wetter war am 6. März die deutsche Fliegerätigkeit sehr reg. Die deutsche Erkundung wurde überall erfolgreich durchgeführt. In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 15 Flugzeuge; ein weiteres Flugzeug fiel durch Explosion unversehrt in unsere Hände. Zwei feindliche Heißluftballone wurden brennend abgeschossen. Hauptmann Ritter v. Tutschek erlangte seinen 20. Vufflug. Unsere eigenen Verluste betragen zwei Flugzeuge; ein Flugzeug wird vermisst.

Englische Berichte über den Luftangriff auf England

× London, 8. März. Das Heeresliche Bureau meldet amtlich: Der Luftangriff (siehe) von Heben oder acht feindlichen Flugzeugen beobachtet worden zu sein, wovon zwei von London erwischt und mit Bomben beworfen. Die beiden anderen landeten in der Nähe von Dover am 10. März 11.30 Uhr abends und fliegen weiter die Themse hinauf und landeten in der Nähe von Dover. Die beiden feindlichen Flugzeuge wurden durch die Flieger abgeschossen. Ein weiterer Angriff am 11. März 11.30 Uhr abends und bewachte sich nach Westen. Um 11.45 Uhr wurde er über Dover beobachtet. Ein paar Minuten später war er von dem südwestlichen und nordwestlichen Westküste ab. Um 11.50 Uhr war ein vierter feindlicher Flugzeug über Dover geflogen. Bomben wurden in der Nähe von Dover abgeworfen und die Luft wurde durch die Flieger abgeschossen. Die beiden feindlichen Flugzeuge wurden durch die Flieger abgeschossen. Ein weiterer Angriff am 12. März 11.30 Uhr abends und bewachte sich nach Westen. Um 11.45 Uhr wurde er über Dover beobachtet. Ein paar Minuten später war er von dem südwestlichen und nordwestlichen Westküste ab. Um 11.50 Uhr war ein vierter feindlicher Flugzeug über Dover geflogen. Bomben wurden in der Nähe von Dover abgeworfen und die Luft wurde durch die Flieger abgeschossen.

Pichon für die Veröffentlichung des Bündnisvertrages mit Rußland

× Paris, 9. März. In der Kammer erwiderte gestern Pichon auf eine Anfrage über den für die Veröffentlichung des Bündnisvertrages mit Rußland, man dürfe die Regierung nicht annehmen, als diplomatische Verschleierung ihrer Verhältnisse in der Presse dem Vorlaurent zur Veröffentlichung vorzulegen. Das fragliche Schriftstück war in Übereinstimmung mit der Regierung veröffentlicht worden, daß die Regierung des englischen Reiches ausdrierte, daß die kaiserlich russische Regierung bis zum letzten Augenblick ihre Treue für das Bündnis verweigert habe. Der Abg. Renaudie meinte, wenn die Regierung den Bündnisvertrag mit Rußland veröffentlicht hätte, könnte man sich ein Urteil über den feindlichen Charakter des Vertrags bilden. Pichon, der grundsätzlich nichts gegen eine Veröffentlichung habe, daß am 20. März Prüfung der Frage, die er beabsichtigt zu lösen wolle. Pichon sagte: „Wir haben Recht unter möglichst zur Erhaltung des Friedens zu sein. Wir treten nicht für Rußland, sondern für unsere eigene Verteidigung in den Krieg. Wir können durch die Veröffentlichung auch die Feinde zermürben, daß überhaupt unserer Diplomatie jemand eine persönliche Note gespielt hat.“

Die Regierungskrise in Spanien

× Madrid, 8. März. (Savas) Pichon ging vormittags in das königliche Schloss und sprach lange mit dem König. Zwei Stunden wurden im Zuge damit die Bildung eines liberalen Kabinetts und die Bildung eines gleichartigen Kabinetts. Die Möglichkeit, daß Sagorua, geführt auf ein rein militärisches Kabinett, die Diktatur erhalten könnte, entbehrt jeder Begründung. Prieto und Becerra hatten heute eine lange Unterredung. Sagorua teilte dem Ministerpräsidenten mit, daß er sein Amt endgültig niederlege. Die ganze Presse betrachtet die gegenwärtige Krise als sehr ernst.

Die Umbildung des portugiesischen Kabinetts

× Lissabon, 9. März. (Savas) Sagorua teilte dem Ministerpräsidenten mit, daß er sein Amt endgültig niederlege. Die ganze Presse betrachtet die gegenwärtige Krise als sehr ernst.

Die Verhandlungen im Schloß Cotroceni

× Bukarest, 9. März. Gestern fand im Schloß Cotroceni eine Vollversammlung der Rumänischen Delegation statt unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Vizepräsidenten Herrn Tschirak. Herr Tschirak gab dem bulgarischen Botschafter die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Vizepräsident sprach sich mit dem bulgarischen Botschafter über die rumänische Beteiligung an den Verhandlungen. Um diesem alleinstimmigen Beschlusse Rechnung zu tragen, schickte Herr Tschirak ein Telegramm an den rumänischen Botschafter in Bukarest, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher einzeln vorzubringen der verbündeten Mächte schriftlich mitteilen werden, damit er sie persönlich seiner Regierung vorlegen könne. Entsprechende Mitteilungen sind Herrn Tschirak gestern gemacht worden. Er wird heute nach Jassy abreisen. Seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet. Auswärtige sollen unverzüglich die Besprechungen auf technischem Gebiet mit den übrigen Verbündeten hier zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt werden.

Bedenken gegen die japanischen Pläne

Nicht nur in Washington, sondern auch in London ist man einige Tage in der Gruppe gefanden zu haben, die Japan seinen Verbündeten vorzuschauen sich bereit annehme. Man ist in der Beurteilung der japanischen Pläne sehr viel zurückhaltender geworden, und die Begeisterung für das japanische Eingreifen ist sehr deutlich im Schwanden.

× Washington, 9. März. In den Meldungen über einen japanischen Angriff in Sibirien erklärt „Manchester Guardian“: „Die Verhältnisse in Japan bedürftige Waidwolk zu sein und in Sibirien einzufallen und Amerika werde dieses Vorgehen gutheißen. Neht sich erst als eine Verdrängung tendenzialer Art heraus. Tatsache dürfte nur sein, daß man in Japan ernste Bedenken gegen ein Unternehmen hat, dessen Anfang leichter voranzutreiben ist als sein Ende, dessen Gewinn durch die Kosten und Gefahren gleich zweifelsfrei werden könnte. Was Amerika betrifft, so wollen die Zeitungen und glauben machen, daß Amerika ein japanisches Einmarsch „gutheißen“ werden würde. Dieses „Jormell“ soll den Eindruck hervorrufen, als sei Amerika bereit, Japan's Handlungen anzuerkennen, ohne es offen anzuerkennen. Tatsache ist jedoch, daß Wilson, der in dieser Angelegenheit dem ganzen Lande aus dem Herzen spricht, Japan's Einmarsch auf das allerbestimmteste zurückweisen wird, wenn er sich nicht wesentlich dem Bundesgenossen unterwerfen möchte. Das amerikanische Volk aber ist, daß man einige Tage und dem Druck gegen den russischen Frieden ein Antreten Japan's gutheißen, das viel weniger zu begründen ist als Deutschlands Antreten in Rußland. — Was England's Anteil an dieser Sachlage betrifft, läßt das Blatt fest, so kann man nur sagen, daß die englische Regierung sich trotz anders lautenden Presseemendationen noch nicht gebunden habe und daß die Regierung Amerika, sich anzuschließen, nicht ohne Wirkung auf England bleiben werde. In dieser Frage, wie in so vielen andern, hat England Grund, Gott und Wilson zu danken.“ — An anderer Stelle schreibt das Blatt: „Es ist ein Bild, daß Japan's Vordringen, der auch mit Begeisterung aufgenommen wurde, unter ganz andern Umständen im Unterhause zur Sprache kam.“

× Rotterdam, 9. März. Ein Erhöhen-Telegramm aus Washington berichtet: Die Admiralität teilt mit, daß keine Truppen auf dem Wege nach Sibirien seien und auch nicht ohne vorherige Rücksprache zwischen Amerika und Japan in Sibirien einmarschieren würden. Der japanische Botschafter in Washington erklärt, daß die Haltung seiner Regierung sich durchaus mit der Haltung der Entente und Amerika's decke.

× London, 9. März. (Mentel) Der „Daily Mail“ wird aus Tokio gemeldet, daß der Präsident der japanischen Republik den Chef des Reichsministeriums Munshi ernannte, selbständig und ohne vorherige Beratung mit dem Kabinett für die Kreuzverteilung an die Provinzen zu treffen, um jeden Zeitverzug zu vermeiden.

Der „Manchester Guardian“ meldet noch, daß die Frage des Einmarsches Japans im Fernen Osten und das Verhalten Großbritanniens in dieser Angelegenheit am Dienstag oder Mittwoch im Unterhause zur Sprache kommen werde.